

Auf Grund des § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 18. August 1976 (BGBl. I. S. 2256) und des § 1 des Gesetzes über baugestalterische Festsetzungen vom 10. 4. 1969 (GVBl. Schl.-H. S. 59) in Verbindung mit § 1 der 1. Durchführungsverordnung zum Bundesbaugesetz vom 9. 12. 1960 (GVBl. Schl.-H. S. 198) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung Tielenheim vom 20. AUG. 1979 + 28. NOV. 1981 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 1 für das Gebiet "Königsfähre", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

## PLANZEICHNUNG TEIL - A

## ZEICHENERKLÄRUNG

### FESTSETZUNGEN

Planzeichen	Erläuterungen	Rechtsgrundlage
SW	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.	§ 9 Abs. 7 BBauG
I	Wochenendhausgebiet	§ 10 Abs. 1 BauNVO
O	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze.	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG sowie § 16 Abs. 2 und § 17 BauNVO
	Offene Bauweise.	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG sowie § 22 BauNVO
	Baugrenze, die nicht überschritten werden darf.	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG sowie § 23 BauNVO
	Straßenverkehrsflächen.	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BBauG
	Öffentliche Parkflächen.	"
	Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen.	"
	Fläche für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser oder festen Abfallstoffen (Kläranlage).	§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BBauG
	Grünfläche (Parkanlage).	§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BBauG
	Grünfläche (Spielplatz).	"
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zugunsten der Anlieger.	§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BBauG
	Das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern.	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BBauG
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung.	§ 16 Abs. 5 BauNVO
	Von der Bebauung freizuhaltenen Grundstücksteile.	§ 9 Abs. 1 Nr. 30 BBauG
	Fläche für die Versorgungsanlage (Umspannstation).	§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BBauG
	Graben.	§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BBauG

### DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

	Vorhandene Flurstücksgrenzen.
	Wegfallende Flurstücksgrenzen.
	Neue (geplante) Flurstücksgrenzen.
23	Flurstücksnummer.
12	Grundstücksnummer (Hausnummer).
7	Anzahl der Parkplätze
	50m Schutzstreifen.
	Sichtdreieck.
	Wegfallende bauliche Anlagen.

## TEXT TEIL - B

### Überbaubare Grundstücksfläche

Die Wochenendhäuser dürfen keine größeren Grundflächen als 60 m<sup>2</sup> haben (gemäß Landesraumordnungsplan 1979 des Landes Schleswig-Holstein.)

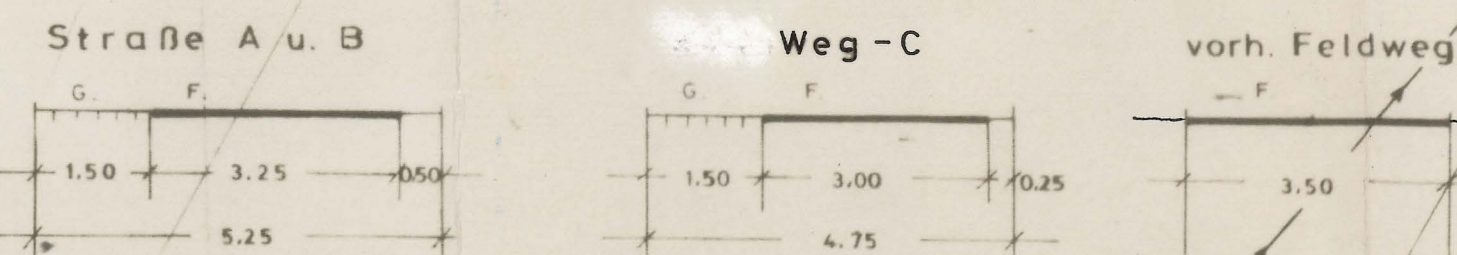
### Gestaltung der baulichen Anlagen:

Außenwände:	Holzschalung, Fassadenplatten (Asbest), weißes Verblendmauerwerk.
Dachform:	Flachdach oder flachgeneigte Dächer.
Dachneigung:	max. 25°
Sockelhöhe:	Die Oberkante des Erdgeschoßfußbodens darf das Niveau der Straße B (gemessen rechtwinklig zum Grundstück) nicht mehr als 0,4m überschreiten. Die Mindesthöhe beträgt 0,30 m über Normal Null (NN).
Im Bereich der von der Bebauung freizuhaltenen Grundstücksteile (Sichtdreieck) sind Bepflanzungen und Einfriedigungen über 70 cm Höhe über Oberkante der Straßenverkehrsfläche sowie Grundstückszufahrten nicht zulässig.	

### Garagen

Die Länge der Garagen wird festgesetzt auf maximal 6,5 m.

### Straßenquerschnitte.



Entworfen und aufgestellt nach den §§ 8 und 9 BBauG auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 23. 3. 1978 + 20. AUG. 1979



Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie die Begründung haben in der Zeit vom 9. 7. 1979 bis 29. 6. 1979 nach vorheriger am 9. 6. 1979 abgeschlossener Bekanntmachung mit dem Hinweis, daß Anregungen und Bedenken in der Auslegungsfrist geltend gemacht werden können, während der Dienststunden öffentlich auszufragen.



Der katastermäßige Bestand am 19. Feb. 1980 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.



Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am 20. AUG. 1979 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 20. AUG. 1979 gebilligt.



Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde nach § 11 BBauG mit Verfügung des Landrates des Kreises Dithmarschen vom 14. August 1980 Az.: 601.622.601/117 bestätigt.



Die Auflagen wurden durch den satzungserweiternden Beschluß der Gemeindevertretung vom 26. 3. 1981 erfüllt. Die Aufgabenerfüllung wurde mit Verfügung des Landrates des Kreises Dithmarschen vom 24. 6. 1981 Az.: 601.622.601/117 bestätigt.



Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.



Dieser Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) ist am 06. Nov. 1981 mit der bewirkten Bekanntmachung der Genehmigung sowie des Ortes und der Zeit der Auslegung rechtsverbindlich geworden und liegt zusammen mit der Begründung auf Dauer öffentlich aus.



Bebauungsplan Nr. 1  
Gemeinde Tielenheim  
für das Gebiet "Königsfähre"